



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 197.

Donnerstag den 24. August

1848.

An die Abonnenten der **Preuss. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.** Heute erscheint der 13—18. (253—258.) Bogen des 9. Abon. von 30 Bogen. Berlin Bg. 123. 124. Frankf. Bg. 131—134.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 21. August.)

Kosch präsidiert. Nachdem das Protokoll verlesen, annouciert der Referent der Wahlprüfungs-Kommission die Anerkennung einiger Wahlen, unter Andern der des Herrn Schramm. Hr. Schramm ist bereits anwesend, und wird, von gleichgesinnten politischen Freunden in der Kammer vielfach begrüßt, er nimmt seinen Platz neben dem Grafen Reichenbach auf der äußersten Linken. — Man schreitet zu der Wahl des Präsidenten. Es stimmen 332. Grabow wird mit 308 Stimmen wiedergewählt, Rodbertus hat 11, Waldeck 4, Riß 2 Stimmen, einige andere, unter ihnen Piper, haben 1 Stimme. Der Präs. Kosch proclamirt hiezufür Herrn Grabow als Präsidenten. — Man schreitet zur Wahl des Vice-Präsidenten. Nachdem die Zettel eingegeben, entfernen sich die Mitglieder der Versammlung und überlassen dem Bureau die Zählung, deren Resultat morgen bekannt gemacht werden soll.

(Sitzung vom 22. August.)

Grabow führt das Präsidium. Das Protokoll wird verlesen, nach demselben sind zu Vice-Präsidenten erwählt (bei 330 Stimmen) Kosch mit 218, Philipp mit 191, Waldeck mit 176. Die Wahl des 4. Vice-Präsidenten ist nicht entschieden; es fehlt die absolute Majorität. Die Abg. Jonas und Evelt (von denen der erste 163 und der zweite 129 Stimmen hat) kommen deshalb zur engern Wahl. Nächst ihnen haben die meisten Stimmen: Baumstark 123, Jacoby 114, Rodbertus 90, v. Unruh 67. Rodbertus erhält für seinen Antrag: „die hohe National-Versammlung wolle beschließen, daß der Stadt Swinemünde ein Kapital von 5000 Thalern auf einjährige Kündigung schleunigst aus Staatsfonds geliehen werde“ die Priorität vor der Tagesordnung. Da die Ministerbank ganz unbesezt, zieht Rodbertus bis zur Anwesenheit der Minister seinen Antrag zurück. Krühl's dringender Antrag vor der Tagesordnung: „Eine hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Bürgerwehrgesetz sofort nach der Habeas-Corpus-Acte vor der Tages-Ordnung wöchentlich in drei Sitzungen mit Ausschluß aller übrigen Anträge und Interpellationen zur Berathung und Beschlußnahme komme,“ wird verworfen. Waldeck erstattet Bericht für die Central-Abtheilung zum Entwurfe eines Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit. — Dem der Central-Abtheilung zugegangenen Antrage, das Gesetz nicht im Bezirke des Appellations-Gerichtes zu Köln zur Anwendung zu bringen, konnte nicht beigetreten werden, da dasselbe mit dem rheinischen Rechte völlig im Einklang steht, und die wenigen hier angeordneten Modifikationen desselben sich auch in jenem Bezirke zweckentsprechend zeigen werden. — Zweifel ergreift das Wort zu Gunsten seines von der Centralabtheilung zurückgewiesenen Antrags. Otto und Heine sprechen für die Nothwendigkeit des Gesetzes im Allgemeinen. — Nachdem die sofortige Erlassung eines Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit beschlossen, schreitet man zur Debatte der einzelnen §§ des Kommissions-Entwurfs. Der § 1 lautet: Außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That darf eine Verhaftung nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung oder spätestens innerhalb 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen

Richter vorzuführen. Es betheiligen sich an der Debatte über diesen § Parisius, Harassowiz, Knauth, Jungbluth, Walter, Plönnies, Stubb, v. Berg und Bauerband; Knauth's Amendement, daß jeder Angeschuldigte gegen Kaution freigelassen werden solle, wenn nicht ein besonderes peinliches Vergehen oder die Vermuthung der Flucht vorliege, ward von den meisten Rednern bekämpft. — Minister Kühlwetter bemerkt, daß der Beschluß mit dem Kommissions-Entwurf übereinstimme. — Parisius Amendement wird angenommen und der § 1 lautet demnach: Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. — Eine Verhaftung darf außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That nur kraft eines schriftlichen, die Beschuldigung und den Beschuldigten bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden (s. oben). Nach der Debatte über den § 1 ergreift der Ministerpräsident das Wort, um der Versammlung mitzutheilen, daß ihr wahrscheinlich noch heute eine königliche Botschaft zugehen würde, die im Laufe des gestrigen Tages und Abends vorgegangenen Ruhstörungen, von denen der Herr Minister des Innern der Versammlung Einiges mittheilen werde, machten einen Schutz des Eigenthums und der Person durch ein besonderes Gesetz nothwendig; er bäte sich für das vorzulegende Gesetz die Priorität (wahrscheinlich für die nächste Sitzung) aus. — Minister des Innern: Ich soll Ihnen ein Bild geben von den letzten bedauerlichen Ereignissen, ich will es versuchen, obschon ich vielleicht noch selbst keine zuverlässigen Nachrichten besitze und theils durch persönliche Aufregung dazu nicht befähigt bin. Es haben vorgestern bei der Gründung eines demokratischen Vereins in Charlottenburg Atroupements stattgefunden. Man hat einige Leute schändlich gehandelt. Mir wurde erst Abends 7 Uhr Mittheilung von den Vorfällen in Charlottenburg und ich beeilte mich sogleich, einige Commissarien hinzusenden. — Der Vorfall in Charlottenburg knüpft sich vielleicht an das gestrige Ereigniß. — Der Minister verließ hierauf das Ende eines gestrigen über die Charlottenburger Ereignisse von dem demokratischen Klub in Berlin erlassenen Plakats. Man habe schon Mittags Erzeffe vor dem Hotel des Herrn Handelsministers begangen, man habe die Vorfälle des Abends in einem ihm (dem Minister) bekannten Hause beschlossen. Von der Treppe des Opernhauses seien Reden gehalten worden, man sei zuerst zu ihm, dann zum Justizminister gezogen, diesen habe man unweit seines Hotels auf der Straße getroffen und von ihm die Freilassung aller politischen Gefangenen verlangt. Der Justizminister habe (im Hotel des Ministerpräsidenten) der Deputation erklärt, daß dies nicht gehe. — Man habe nun von Abdankung gesprochen (Gelächter). Der Haufen vor der Thür habe das Hotel des Ministerpräsidenten fortwährend mit Steinen beworfen, die Fenster eingeschlagen, die Schugmänner seien herbeigekommen, haben aber bei der großen Masse wenig ausgerichtet. Die Gesandten fremder Mächte, die Vertreter der Nation waren bei dem Ministerpräsidenten anwesend, dem Herrn Justizminister slog ein Stein gegen den Fuß u. s. w. Es sollen sogar zwei Schüsse gefallen sein! — Meine Herren, ein Staatsbürger muß für seine Person und sein Eigenthum gesichert sein, sei er Demokrat oder Minister. — (Bravo und Zischen.) — Man kommt zur Berathung des § 2, Habeas-Corpus-Akte, es sprechen Jungbluth, Walter, Dahnel, Gräff. Es handelt sich vorzüglich um den im Entwurf gebrauchten Ausdruck „durch die öffentliche Stimme“, an Stelle welcher

Worte Walter gesetzt haben will „durch den lauten Ruf des Volkes.“ Weichsel will den Wegfall beider Ausdrücke. Man entschließt sich für die von der Kommission vorgeschlagene Fassung, nach welcher § 2 lautet: „Ergreifung auf frischer That liegt vor, wenn der Thäter bei der Ausführung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen wird. Der Ergreifung auf frischer That werden diejenigen Fälle gleichgestellt, in welchen Jemand durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet, oder auf der Flucht ergriffen, oder kurz nach der That im Besitz von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder andern Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen.“ — Der Präsident schließt hierauf die Sitzung, nachdem noch der mit 203 Stimmen in der engern Wahl erwählte vierte Vizepräsident Abgeordneter Jonas (Berg) als solcher proclamirt ist. — Schluß 4¼ Uhr. — Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Berlin, 22. August. [St.-Anz.] Der bisherig Advokat Theodor Herrmann Wagedes zu Köln ist zugleich zum Anwalt bei dem dortigen königlichen Appellationsgerichtshofe ernannt worden.

Bei der heute angefangenen Ziehung der zweiten Klasse 98ster königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 2000 Rthlr. auf Nr. 5817; 1 Gewinn von 1000 Rthlr. auf Nr. 45,467; 2 Gewinne zu 500 Rthlr. fielen auf Nr. 16,287 und 60,322 und 4 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 8046, 13,951, 53,733 und 58,727.

Angekommen: Der Direktor im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, wirkliche geheime Ober-Finanz-Rath v. Pommer-Esche.

(St.-Anz.) Aus dem Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: „Auf den Antrag des Staats-Ministeriums ist vor kurzem von des Königs Majestät bestimmt worden, daß die obere Leitung des Staats-Gestütwesens von der der königlichen Marställe getrennt werde und an das Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten übergehe, wodurch die zeitgemäßen, vielfach laut gewordenen Wünsche des Landes erfüllt sein dürften. — Da auch in Kurzem die sämtlichen Gestüt-Vorsteher hier zu einer gemeinschaftlichen Berathung über die für nöthig erachtete Reorganisation der Verwaltung zusammenberufen werden sollen, und das Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten hierbei den praktischen Zweck jener Anstalten, welche vorzugsweise dem kleineren Pferdezüchter die nöthige Unterstützung zu gewähren bestimmt sind, ins Auge fassen wird, so ist von Verfolgung dieses Weges die wesentlichste Sicherstellung und Förderung des landwirthschaftlichen Interesses zu erwarten.“

Berlin, 22. Aug. [Tages-Ver. des C.-B.] Gestern Abend haben wir einen argen Straßencrawall erlebt, der die ernstesten Konflikte herbeizuführen im Stande war. Die Charlottenburger Vorgänge hatten eine bedeutende Aufregung hervorgerufen, die immer mehr wuchs, da man nicht in Erfahrung bringen konnte, welche Maßregeln die Regierung zum Schutze der Personen und des Eigenthums der demokratischen Partei in Charlottenburg angeordnet. Gegen Abend erließ der demokratische Klub ein Placat, in welchem darauf hingewiesen wurde, wie die Behörden nicht gesonnen zu sein schienen, gegen die demokratische Partei Gerechtigkeit zu üben. Zahlreiche Volkshaufen umstanden das Plakat lesend und discutirend, und zogen dann nach den Linden zu. Etwa um 8 Uhr war auf dem Opernplatz eine große Menge Menschen versam-

melt, zu denen von der Treppe des Opernhauses mehrfach gesprochen wurde. In Folge dessen zog die sehr aufgeregte, durch den „Lindenklub“ verstärkte Masse nach dem Hotel des Ministers Kühlwetter, um durch eine Deputation ein energisches Einschreiten der Behörden gegen die Tumultuanten in Charlottenburg zu verlangen. Der Minister war abwesend, ebenso der Kriegsminister v. Schreckenstein, welcher ebenfalls angegangen werden sollte. Der Justizminister Märker erklärte der Deputation, daß er in der Sache nichts thun könne, und daß man sich an den Minister-Präsidenten Herrn v. Auerswald zu wenden habe. Die Deputation ging in das Hotel desselben, das Volk erwartete außen den Bescheid. Da rückten Konstabler an und zugleich verbreitete sich die Nachricht, die Deputation sei im Hotel des Minister-Präsidenten gefangen genommen. Die Volksmassen setzten sich gegen die Konstabler zur Wehr, die dann scharf einhieben, jedoch von einem Steinhagel zurückgetrieben wurden. Bei dem Minister-Präsidenten war Soiree. Die dort Anwesenden eilten auf den Tumult hin an die glänzend erleuchteten Fenster und wurden von einem Steinhagel empfangen. Die Geländer der Rampen und diese selbst wurden abgebrochen und gegen das Hotel geschleudert. Die Schutzmannschaft rückte verstärkt heran und vertrieb die Tumultuanten durch scharfes Einhauen. Es fielen aus dem Volke zwei Schüsse. Die Fliehenden rissen unter den Linden einen großen Theil der durch Eisenstangen und steinerne Pfeiler gebildeten Barrieren nieder und zerstreuten sich in die einzelnen Stadtgegenden, wie es schien, mit der Absicht, sich zu bewaffnen. In der Friedrichstraße sollen zwei Barricaden erbaut worden sein. Verwundungen sind auf Seiten der Konstabler und des Volks vorgekommen; ob in Folge dessen Einige gestorben sind, wie man vielfach behaupten hört, ist noch nicht bestätigt. Die Bürgerwehr wurde alarmirt und von ihr und den Schutzmännern die Linden stark besetzt. Zahlreiche Verhaftungen haben stattgefunden. Seit heute früh sind große Massen auf den Weiden, welche nach der Wilhelmsstraße ziehen, um das namentlich an den Fenstern stark beschädigte Hotel des Minister-Präsidenten sich anzusehen. Auf das Gerücht, es solle heute Nachmittag ein großer Zug nach Charlottenburg stattfinden, wurde die Bürgerwehr alarmirt und auf ihren Versammlungsplätzen aufgestellt. — In Folge dieser Vorgänge, die in der heutigen Kammer-Sitzung zur Sprache kamen, wird demnächst ein Aufruh-Gesetz erlassen werden. — Robert Blum hat die Muße, die ihm die zahlreichen Oratorien seiner sächsischen Landsleute übrig gelassen, zu einer Zusammenkunft mit gleichgesinnten Mitgliedern der hiesigen National-Versammlung benützt. Das Rendezvous fand in Wittenberg am vergangenen Sonntag statt. Ein großer Theil der Linken, unter denen Jung und Graf Reichenbach, vereinigte sich dort mit Blum und seinen Begleitern. — Die hiesige General-Versammlung der vereinigten Aerzte und Wundärzte protestirt gegen die Anordnungen, die das Polizei-Präsidium, um der Verbreitung der Choleraepidemie entgegenzutreten, erlassen hat. Sie erblicken in den angeordneten Maßregeln Vorkehrungen, die nach den gemachten Erfahrungen nicht nothwendig und ohne große Belästigung und Störung des Verkehrs nicht ausführbar seien. — Die Wahlprüfungs-Commission der National-Versammlung hat die Wahl des früheren Ministers Dr. Bornemann für ungültig erklärt. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich in der nächsten Sitzung der Kammer zur Entscheidung vorgelegt werden. — Auf Anordnung des Kriegsministeriums ist zur Reorganisation des gesammten Militär-Medizinal-Wesens eine Commission niedergesetzt worden. Dieselbe besteht aus den Civil-Aerzten geh. Med.-Rath Dr. Schmidt von hier, Prof. Dr. Wiger aus Bonn, Prof. Dr. Baum aus Greifswald, Prof. Dr. Eck von hier und den Militär-Aerzten Dr. Sommer, Dr. Krause und Dr. Roth aus Frankfurt a. D. Vorsitzender der Commission ist Oberstlieutenant von Griesheim. — Der geh. Rath Buck, Vorsteher des königl. Leihamtes, hat einen Bericht an das Ministerium über die Reorganisation des unter seiner Leitung stehenden Institutes erstattet. Herr Buck schlägt vor: 1) den Zinsfuß auf 6½ pCt. (an Stelle von 10 pCt. bei Darlehen unter 100 Rthl. r.) zu ermäßigen; 2) die Auktionskosten auf 3 Pf. pro Thaler zu stellen; 3) die Zeit des Verkehrs zu erweitern, um die Armen nicht den Privatleihämtern in die Hände fallen zu lassen; 4) Pfänder auf Abschlagszahlungen zurückzugeben und Sparkassen neben den Leihämtern einzurichten; 5) Mobilien als Pfand anzunehmen; 6) eine größere Verbreitung der Leihämter in der Stadt, namentlich die Acquisition eines Lokals in der Gegend der Drangenstraße. — Auch den Regierungen der anhaltischen Fürstenthümer ist aus dem Reichskriegsministerium der Befehl zugegangen, das Contingent für den dänischen Krieg mobil zu machen. Die Nachricht von dieser Anordnung hat eine der Centralgewalt ungünstige Stimmung in der Bevölkerung von Anhalt erzeugt. Es sollen 2% der gesammten Bevölkerung, von Dessau allein also 1350 Mann mobil gemacht

werden. Das Land würde dadurch von waffenfähigen Leuten fast ganz entblößt werden. Bis jetzt haben die Regierungen die Publikation des Reichsbefehls noch unterlassen. Wahrscheinlich werden sie durch Gegenstellungen eine Reduction des aufgegebenen Contingents zu erzielen suchen. — Nach einer uns zugehenden Mittheilung hat in der Nähe von Zerbst diese Nacht ein Raubmord stattgefunden, bei welchem einer der durch die Räuber angefallenen Reisenden erschossen wurde. — Der dessauische Minister Dr. Habicht hat selbst während dieser Nacht die Straße von Zerbst nach Dessau, auf welcher der Raubmord vorgekommen ist, passirt. — Die Sitzungen des vereinigten Landtages von Dessau und Köthen, die auf mehrere Tage ausgesetzt werden mußten, nehmen mit künftigen Donnerstag wieder Fortgang. Das politische Leben in dem kleinen Nachbarstaate ist ein sehr bewegtes. Den Leuten fehlt nur Eins, eine entschiedene Reaktion. In deren Ermangelung ärgern sie sich an zwei „fliegenden Blättern“, die eine mit großer Bitterkeit, aber eben so vielem Geist und Wit geschriebene Kritik der Dessau-Köthenschen Volksvertreter enthalten. Alles spürt nach dem Verfasser. Die Einen glauben diesen in dem Prediger Dr. Karl Schmidt, die Andern in dem socialistischen Schriftsteller Ludwig Köppe, dem Bruder des Ministers, entdeckt zu haben.

Z. Berlin, 22. August. [Die Ruhestörungen.] Gestern Abend haben hier erste Ruhestörungen stattgefunden. Bereits gegen 8 Uhr sammelten sich große Menschenmassen auf dem Opernplatz, welche von mehreren Rednern aus Veranlassung der dem demokratischen Klub in Charlottenburg widerfahrenen Mißhandlungen, gegen die Angesichts eines solchen Unfugs „lässigen“ Behörden aufgereizt wurden. Dazu gesellten sich Arbeiterschaaen, welche schon gestern Vormittag das Hotel des Ministers Milde umlagert hatten. Mit dem Rufe, die reaktionären Minister müßten abdanken, setzte sich die Menge gegen das Ministerium des Innern unter den Linden in Bewegung. Hier angelangt, wurde der Ruf: abdank! unter wildem Geschrei längere Zeit hindurch wiederholt. Eben so wurde die Deffnung der Thür des Ministerhotels verlangt, und als diese nicht erfolgte, machten mehrere Individuen den vergeblichen Versuch, die Thür mit Gewalt zu erbrechen. Demnächst wälzte sich der ganze Schwarm vor die Wohnung des Ministerpräsidenten in der Wilhelmsstraße. Die Herren Dorniat und Edgar Bauer gingen mit einer Deputation zum Minister hinauf, um von demselben 1) die Freilassung aller in Charlottenburg Verhafteten; 2) die Freilassung aller politischen Gefangenen; 3) die strengste Bestrafung aller bei den Excessen beteiligten Charlottenburger Einwohner; 4) die Abankung der Minister zu verlangen. Während die Deputation sich noch im Hause befand, rückten mehrere Abtheilungen von Konstablern an und suchten den Platz von der Menschenmenge zu säubern. Sie fanden den entschiedensten Widerstand. Nicht bloß mit Stöcken, Messern und Eisenstangen, auch mit Steinwürfen setzte sich die Menge zur Wehr, und es wurden mehrere Konstabler erheblich verwundet. Diese ihrerseits zogen die Seitengewehre und hieben auf das Volk ein. Es entstand eine furchtbare Verwirrung, begleitet von tobendem Rachegeschrei. Zur Dämpfung der Unruhe wurde die Bürgerwehr aufgebieten, welche mit gefülltem Bajonnet anrückte. Das Volk, welches viele Scheiben in dem Minister-Hotel eingeworfen, zog sich in die kleineren Nebenstraßen zurück, und begann hier Barricaden zu errichten. Unter den Linden wurden an der einen Seite der Straße alle Eisenstangen sammt den steinernen Pfählen ausgerissen, um als Vertheidigungsmittel benützt zu werden. Erst gegen 1 Uhr in der Nacht endete der Tumult mit vielen Verhaftungen. Die Zahl der vorgefallenen Verwundungen soll sehr bedeutend sein. Zwei Konstabler werden todt gesagt. Aus der Menge sind mehrere angeblich auf den Tod verwundet davon getragen. Man ist für heute Abend nicht ohne Besorgniß wegen neuer Ruhestörungen. Schon den ganzen Vormittag über waren große Menschenmassen unter den Linden versammelt, aus deren Haltung nicht ohne Grund auf einen Wiederbeginn der Tumulte geschlossen werden konnte. Das niedere Volk ist sehr erbittert, und auf der andern Seite sind die Konstabler entschlossen, mit aller Kraft die Ordnung aufrecht zu erhalten. Militärkräfte sind bis jetzt nicht in Anspruch genommen. Ob dieselben für heute Abend zur Sicherung der Ordnung ausbezogen werden, steht dahin. Von mehreren Seiten wird versichert, daß das Ministerium ein energisches Einschreiten beschloßen habe. Die Minister waren heute vom frühen Morgen an in Conferenz. Dieselben erschienen erst eine Stunde nach Eröffnung der Sitzung in der National-Versammlung. — Morgen findet im Kemperschen Lokal im Thiergarten zur Feier der Schlacht von Großbeeren die Speisung der Invaliden statt.

[Der Charlottenburger und Berliner Aufruh.] Die Berliner Blätter enthalten folgende amtliche Mittheilungen:

1) In diesen Tagen hatte hieselbst eine Gesellschaft unter der Firma eines demokratischen Vereins ihren Zusammentritt durch das hiesige Wochen-

blatt angekündigt. Die als Präliminarien zu diesem Vereine schon seit längerer Zeit von den Mitgliedern gehaltenen Zusammenkünfte, aus denen man höchst mißliebige Aeußerungen über den König, den Prinzen von Preußen und die Behörden vernommen haben wollte, hatten bereits die Aufmerksamkeit und Aufregung der hiesigen Einwohnerschaft, insbesondere der Arbeiter, erregt, welche bei ihrem gesunden Sinn und der Liebe zu ihrem Könige in jenem Treiben nur republikanische Tendenzen zu finden glaubten. Bei der am gestrigen Tage in einem öffentlichen Lokale stattgefundenen ersten Sitzung jenes Vereins war es daher zwischen dessen Mitgliedern und mehreren anwesenden Arbeitern zu Exhortationen, ja sogar Thätlichkeiten gekommen, wodurch die Gesellschaft zerstreut ward. Wie aber in solchen Fällen der einmal angelegte Fanatismus so leicht alle Grenzen überschreitet, kam es leider dahin, daß einzelne Mitglieder jenes Vereins aus ihren Wohnungen geholt und gemißhandelt wurden, bis es endlich nach vergeblichen gütlichen Versuchen durch das Einschreiten der Bürgerwehr gelang, dadurch die Ruhe herzustellen, daß die in Angriff genommenen Personen einstweilen in Sicherheit gebracht wurden. Es ist nur zu beklagen, daß die in ihrer Idee für eine gute Absicht enthusiasmirte Menge sich zu Bergehen hat hinreißen lassen. Seitens der königl. Polizeibehörde ist die Untersuchung bereits eingeleitet. Charlottenburg, den 21. August 1848. — Der Magistrat.

2) Bei den Ereignissen, durch welche gestern Abend die Ruhe der Stadt wieder so ernstlich gestört worden, sind die Wohnungen einzelner Minister unter den Linden und in der Wilhelmsstraße argen Excessen und Zerstörungen ausgesetzt gewesen, und es ist auf die zur Herstellung der Ordnung herbeigekommenen Schutzmänner mit Steinen geworfen worden, wodurch mehrere erheblich verletzt sind. Es sollen sogar Schüsse gefallen sein. Vorher sollen die Volksmassen schon beim königl. Opernhaufe und sonst durch einzelne Redner zu Zwangsmaßregeln gegen die Behörden aufgefordert worden sein. Es ist wegen dieser Vorgänge sofort die gerichtliche Voruntersuchung beantragt. Damit hierbei aber auch die Schuldigen mit Zuverlässigkeit ermittelt werden und die Untersuchung möglichst schnell gefördert wird, ergeht an alle diejenigen, welche Zeugniß ablegen können über die Person derer, welche durch Wort und That an diesen Excessen Theil genommen haben, die Aufforderung, sich ungesäumt auf dem hiesigen Kriminalgericht, Molkenmarkt Nr. 3, zu ihrer Vernehmung zu melden. — Berlin, den 22. August 1848. — Der Staats-Anwalt beim königl. Kriminalgericht. Neumann.

[Gesetz-Entwurf über Schaden-Ersatz bei Aufstößen.] Der Abg. Kraackrügge aus Erfurt hatte einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher bezweckte, für den Ersatz des ganzen Schadens, den Jemand ohne eigenes Verschulden bei einem Aufruh, Auflauf oder Tumult an seiner Person oder an seinem Eigentum durch Beschädigung, Zerstörung oder Entwendung erlitten hat, nicht allein jeden Urheber und Theilnehmer des Verbrechens, bei dessen Verübung die Verletzung erfolgte, sondern auch nach der Wahl des Verletzten diejenige Gemeinde, in deren Polizei-Bezirk das Verbrechen begangen wurde, verantwortlich zu erklären und die desfallsigen näheren Bedingungen, wie auch die Art der Festsetzung des Schadenersatzes zu bestimmen. Offenbar ist dieser Antrag, namentlich in gegenwärtiger Zeit, für unsere nächsten Verhältnisse von großer Wichtigkeit, wie auch daraus hervorgeht, daß, als eben die aus den einzelnen Abtheilungen hervorgegangene Centralabtheilung mit der Berathung des Antrags beschäftigt war, über denselben Gegenstand noch eine ministerielle Gesetzworlage an die Nationalversammlung abgegeben wurde. Die Centralabtheilung ließ daher die gleichzeitige Erörterung beider Gesetzworlagen stattfinden. Von den einzelnen Abtheilungen hatten sich die dritte und fünfte für dessen Nothwendigkeit und sofortige Einführung, die erste, zweite, vierte, siebente und achte theilweise gegen ein solches Gesetz, sämmtlich jedoch gegen dessen jegliche Berathung und Einführung erklärt. In der sechsten Abtheilung hatte sich bei der Anerkennung der Zweckmäßigkeit des Gesetzes eine Meinungsverschiedenheit über die Möglichkeit einer sofortigen Wirksamkeit herausgestellt. Die Verschiedenheit dieser Ansichten beruhte hauptsächlich in einer verschiedenartigen Auffassung der Grundidee, des nächsten Zweckes und der Art der Ausführung des beabsichtigten Gesetzes, so wie insbesondere seines Verhältnisses zu der vorstehenden allgemeinen Organisation einer selbstständigen Gemeinde- und Wehrverfassung. Die Majorität der Centralabtheilung hat sich nach diesen Erörterungen zwar im Allgemeinen für die Zweckmäßigkeit eines Gesetzes der vorliegenden Art ausgesprochen, jedoch haben 5 Mitglieder gegen 3 angenommen, daß dasselbe nicht vor der Einführung einer neuen Gemeindeordnung in Kraft treten könne, wogegen 4 Mitglieder, denen sich der Vorsitzende anschloß, sich gegen 4 andere dahin erklärten, daß die Ausführung des Gesetzes nicht von der allgemeinen

Organisation der Bürgerwehr abhängig zu machen sei. Obgleich nach dieser Abstimmung die Prüfung der einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorschläge vorläufig unterbleiben konnte, hat die Centralabtheilung sich derselben doch nicht enthalten zu dürfen geglaubt und zwar sowohl, um dadurch die gründliche Beurtheilung der allgemeinen Vorfragen zu erleichtern, wie auch um erforderlichen Falls das sofortige Verhandeln über die Einzelheiten möglich zu machen. Sie hat dabei sowohl die Gesetzeswürfe des Abg. Krackrügge und des Staatsministerii, wie auch verschiedene fremde Gesetze, namentlich das in der Rheinprovinz erst seit dem 7. Dezember 1824 suspendirte französische Gesetz vom 10. Vendemiaire IV. (2. Oktober 1795) und die diesjährigen badischen und Koburgischen Gesetze über denselben Gegenstand in Betracht gezogen. Es ist hieraus eine ziemlich umfangreiche Arbeit hervorgegangen, auf die wir jedoch in den Details um so weniger eingehen mögen, als es nach den Verhandlungen der Centralabtheilung nicht unmöglich bleibt, daß die Nationalversammlung die Annahme des Gesetzes trotz seiner unverkennbaren Wichtigkeit, zur Zeit noch ablehne. Die Fassung des Gesetzes, welche die Centralabtheilung der National-Versammlung schließlich zur Annahme empfiehlt, ist folgende: § 1. Finden bei einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt, oder durch Anwendung gesetzlicher, zur Zerstreuung der Menge getroffener Maßregeln, Beschädigungen des Eigenthums oder Verletzungen von Personen statt, so haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden. § 2. Die im § 1 festgestellte Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn die Beschädigungen durch eine von außen her in dem Gemeindebezirk eingedrungene Menschenmenge stattgefunden haben und in diesem Falle die Einwohner des letzteren zur Abwehr der Beschädigungen erweislich außer Stande gewesen sind. § 3. Im Falle des § 2 liegt die Entschädigungspflicht der Gemeinde oder den Gemeinden ob, auf deren Gebiete die Ansammlung oder von deren Bezirk aus der Ueberfall stattgefunden hat, wenn diese Gemeinden erweislich im Stande waren, die Beschädigungen zu verhindern. Mehrere Gemeinden haften solidarisch. § 4. Behufs Erfüllung der den Gemeinden obliegenden Entschädigungspflicht darf die Substanz des Gemeindevermögens nicht angegriffen werden. § 5. Bezüglich der Entschädigungspflicht derjenigen Personen, welchen eine solche nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze obliegt, wird durch vorstehende Bestimmungen nichts geändert. Der Gemeinde, welche ihrer Entschädigungspflicht Genüge geleistet hat, steht der Regress an die für den Schaden nach allgemeinen Grundsätzen Verhafteten zu.

(Voss. 3.)

Die Central-Abtheilung der Nationalversammlung hat sich, wie verlautet, für Bewilligung der Zwangsanleihe ausgesprochen, jedoch unter der Bedingung, daß vorher die Verfassung angenommen und das Budget im Einzelnen vorgelegt sein müsse. — Der Gang der Beratungen der Nationalversammlung wird für die nächste Zeit etwa folgender sein: Habeas-Corpus-Acte, Bericht der Petitions-Kommission, Verhältnisse der Invaliden, Bürgerwehrgesetz, Finanz-Maßregeln, Gemeindeordnung, Verfassung.

[Die öffentliche Gerichtsverhandlung] gegen den nunmehrigen Landtags-Abgeordneten Schramm, die Herren Edgar Bauer, Eichler und Löwinsohn, wegen der von ihnen abgehaltenen Volksversammlungen, ist nunmehr auf den nächsten Donnerstag, den 24sten d. M., anberaumt worden. Das Kriminalgericht soll, um den nöthigen Ernst der Verhandlungen aufrecht zu erhalten, beschloffen haben, gegen die widerspenstigen Zeugen nunmehr energische Zwangsmittel anzuwenden.

[Amnestie.] Unsere Leser werden die Mittheilung mit Freuden aufnehmen, daß im Staats-Ministerium gegenwärtig über eine Amnestie berathen wird, welche sich auf die Press- und polizeilichen Vergehen erstrecken soll.

[Titulaturen.] Auch der Minister des Innern hat, um den Geschäftsbetrieb von unwesentlichen Formen möglichst zu befreien, die Bestimmung getroffen, daß von den bisher üblichen Titulaturen Abstand genommen werde.

So eben hören wir, daß der ehemalige Staats-Anwalt Lemme, welcher durch seine Beförderung als Direktor des Oberlandes-Gerichts in Münster seinen Sitz in der National-Versammlung verloren hatte, in Ragnit, das er bisher vertreten, wiederum zum Abgeordneten gewählt worden ist. Sein Glücks- oder Leidensgefährte v. Kirchmann hat bekanntlich in Berlin weniger Vertrauen erfahren.

[Die Versammlung des Herrn Bülow-Cummerow.] Gestern Mittag um 12 Uhr versammelte sich der Verein zur Wahrung der Rechte des Eigenthums u. wiederum im Milenschen Saale. Die Protestadresse gegen das Grundsteuergesetz war ausgearbeitet und verlesen. Sie enthielt ausgesprochen die 2 Hauptpunkte: 1) daß es eine Ungerechtigkeit sei,

wenn die Grundsteuer ohne Entschädigung aufgelegt werden sollte; und 2) daß die Befugniß der Grundsteuerausgabe nur der künftigen verfassungsmäßig berufenen Versammlung der preuß. Volksvertreter zustehe. Die hin und wieder auftauchenden Ausstellungen verschwanden sämmtlich durch die hinzukommende Erläuterung des Sekretärs und die Versicherung, die Kommission werde den Wortausdruck nochmals in Erwägung nehmen. Dieselbe Adresse wird, nur unter veränderter Titulatur, an die National-Versammlung und das Ministerium abgehen. Da andere Adressen noch nicht durch die Redaktion gegangen waren, schritt man zur Berathung des Status. Dasselbe enthält in vier Paragraphen den Zweck des Verein: „Wahrung aller Rechte des Eigenthums und Förderung des Wohls aller Volksklassen.“ Als einschlägige Gegenstände nennt der § 2 Hebung der Städte, bessere Vertheilung der Abgaben, Abwendung der Grundsteuer ohne Entschädigung (nämlich von den bisher nicht besteuerten Grundstücken). Der Ausschuss hat sich selbst zu organisiren. Der Verein zerlegt sich in Untervereine nach Provinzen, diese wieder nach Kreisen. Eigentlich politische Tendenzen sind von den Beratungen-Gegenständen ausgeschlossen. Die letzte Position wurde vom Grafen Pfeil angefochten: man verspreche, was man nicht halten könne. Graf Schlieffenbach stimmte bei, um so mehr, da die Regierung damit umgehe, die schönen Provinzial- und Kreisverbände aufzuheben. Präsident v. Gerlach hielt eine lange Rede, worin er zuerst behauptete, materielle Interessen könnten nur von politischer Seite richtig verhandelt werden. Wer in politischen Fragen nicht mit uns stimmt, sagte er, der möge ausscheiden. Auch erwies er sich als einen Gegner Bülow-Cummerow's, welcher die Patrimonialgerichts-, Patronsrechte u. s. w. als unerheblich daran gegeben wissen wollte. v. Gerlach ist noch immer der Ansicht, der Adel sei vorzugeweise die Stütze des Staates. Diese Rechte seien vielmehr Pflichten, von deren Erfüllung man Niemanden entbinden könne. Er schlägt vor, man solle die defensive Stellung in der Bewegung der Gegenwart aufgeben; einem Edelmann gezieme es Front zu machen und die Offensive zu ergreifen. Nur so würden Siege errufen. Man solle es sich endlich auch einmal etwas kosten lassen, und dem Proletariat entgegen kommen. Dann werde man es zu einer Macht bringen. (Stürmischer Applaus.) Ueber die Wahl des Ausschusses wurde beschloffen, derselbe solle provinzenweise gewählt werden; und so, daß auf geschickte Staatsmänner bei der Wahl Rücksicht genommen werde; 5 bis 6 aus jeder Provinz. Die Verhandlungen wünschte man gedruckt zu sehen. Die „neue preussische Zeitung“ und die „neue Berliner Zeitung“ hatten denn auch die Offerte gemacht, die Verhandlungen unentgeltlich in ihren Spalten aufzunehmen. Gr. Pfeil trug darauf an, die Landschaft zur Auszahlung von Tausenden, als zur Bewegung der Pressen nöthig erscheine, zu veranlassen. Man ging aber darauf nicht ein. Ferner wurde die Mittheilung gemacht, der Ministerpräsident von Auerwald wünsche exemplifizirende Nachweisungen der Familien und Personen, welche hart betroffen würden, wenn die opponirten Gesetze in Kraft träten, er habe dies als dringenden Wunsch ausgesprochen. — Gegen 3 Uhr vertagte sich die Versammlung, nachdem sie dem Präsidenten, Landrath v. Kleist aus Herzberg, ein stürmisches und dreimal wiederholtes Lebehoch ausgebracht hatte. Dasselbe wiederfuhr Herrn v. Bülow-Cummerow. Nach Lische wurde die Adresse an den König verlesen. Verfasser derselben ist Graf v. Arnim-Boitzenburg. Die Fassung sprach allgemein an. Der Ausschuss wurde gewählt. Unter den Mitgliedern derselben nennen wir Graf Arnim-Boitzenburg, v. Arnim, ehemaligen Polizeipräsidenten, den Regierungsrath Knebel, v. Döbberitz, Gr. Breßler u. s. w. Letzterer erklärte aber ausdrücklich, es handle sich um Entweder — Orez; Sieg oder Tod. Kapitultät würde nicht werden, dies seien die Bedingungen, unter denen er das Mandat annehme. Dieser Enthusiasmus wurde durch eine niedererschlagende Nachricht, die privatim gemacht wurde, aber sich bald verbreitete, herabgestimmt. Aus offizieller Quelle wollte der Präsident der Versammlung, Landrath v. Kleist, wissen, daß seine Amtssuspension bereits verfügt sei, und er dem Empfange derselben entgegen sehe. So endete der Monster-Kongress. Der Ausschuss wird sich nun organisiren. (Nat. 3.)

Halle, 19. August. [Empfang des Königs.] Nachdem der König von Preußen gestern Vormittag in der Stille unsere Stadt passiert hatte, kam er heute Nachmittag gegen 4 Uhr, von Pillniz zurückkommend, auf seiner Tour nach Potsdam hier wieder durch. Zu seinem Empfange hatte die Bürgerwehr sich aufgestellt, keine Kompanie fehlte. Daß der König in bürgerlicher Kleidung sich zeigte, hat allgemein gefallen: es ist dies etwas ganz Neues im Preussischen. Auf dem Bahnhofe wehten und wimpelten deutsche und preussische Fahnen und Flaggen. (R. 3.)

Prenzlau, 20. August. [Der Präsident der preussischen National-Versammlung, Oberbürgermeister Grabow,] kam am 17. d. Mts. Abends nach Prenzlau, um im Kreise seiner Familie einige Tage zuzubringen, und sich von den Anstrengungen seines schweren Amtes etwas zu erholen. Wenige Stunden nach seiner Ankunft brachten ihm die Stadtverordneten ein Ständchen. Der Vorsteher derselben, Hr. Metzger, rief dem Angekommenen ein herzlich Willkommen zu, in welches das überaus zahlreich versammelte Publikum freudig mit einstimmte. Später trug die Liedertafel verschiedene Gesänge vor. Am folgenden Tage erschienen bei dem Hrn. v. Grabow eine zahlreiche Deputation der Stadtverordneten, dann der Magistrat in corpore und endlich mehrere der übrigen Honoratioren der Stadt, um ihm ihre Anerkennung für sein zeitheriges Wirken in der National-Versammlung darzulegen. Am Abend des nächsten Tages brachte der Handwerker-Verein dem v. Grabow ein Ständchen und ein Lebehoch. (Sp. 3.)

In Trier haben neuerdings beklagenswerthe Excesse zwischen den Truppen der dortigen Garnison und der unteren Volksklasse, die einzelne Militärs fortwährend auf den Straßen und in den Wirthshäusern durch gemeine und beleidigende Ausdrücke beschimpfte, stattgefunden. Man scheint dabei absichtlich auffallende Konflikte herbeigeführt zu haben, woraus gewöhnliche Wirthshauskandale und Prügeleien entstanden. Einzelne Militärs wurden durch Messer- und Dolchstiche an den Armen und den Beinen verwundet, andere in die Mosel geworfen u.

Deutschland.

Frankfurt, 20. August. [Gesandter.] Herr v. Andrian, seitheriger zweiter Vice-Präsident der verfassungsgebenden Reichsversammlung, hat am 13ten d. Mts. Abends Frankfurt verlassen, um sich als Gesandter Deutschlands nach Paris und von da nach London zu begeben. Er ist, wie verlautet, beauftragt, dem französischen und dem englischen Cabinet zu eröffnen, daß die Centralgewalt von Deutschland den entschiedenen Entschluß gefaßt, ihre Vermittelung zu einer friedlichen Regelung der österreichisch-italienischen Frage eintreten zu lassen, und daß sie bereit sei, dieses Mediationswerk in Gemeinschaft mit Frankreich und England zu übernehmen und auszuführen. Herr v. Andrian hat zugleich den Auftrag, die offizielle Anerkennung der französischen Republik von Seiten der Centralgewalt von Deutschland zu überbringen. (D. P. A. 3.)

K. Frankfurt, 19. Aug. [Die Arbeitsüberhäufung der Abgeordneten. — Kirche und Schule. — Gesandte.] Die Reichstagszeitung, welche von Mitgliedern der äußersten Linken redigirt wird, tadelt die Fahrt der Abgeordneten nach Köln mit großer Bitterkeit. Ich habe Sie schon darauf aufmerksam gemacht, daß weder der kirchliche Gesichtspunkt noch die Absicht einer Erholungsreise, sondern lediglich die politische Bedeutung der Festtage die Fahrt veranlaßt hat. Aber selbst als Erholungsreise betrachtet verdient die Excursion nicht diesen bitteren Tadel. Die Arbeiten der Versammlung sind höchst anstrengend und aufregend, wöchentlich werden mindestens vier Sitzungen gehalten, außerdem sind noch sehr viele Abgeordnete in den Ausschüssen beschäftigt und Viele in mehreren zugleich. Bei der unermesslichen Menge von Material, welches hier zusammenströmt, sind einzelne der Ausschüsse von Arbeiten fast erdrückt. Besonders gilt dies vom volkswirtschaftlichen, von dem gar nicht abzusehen ist, wie er den Stoff bewältigen können. Dazu kommen die Parteiversammlungen, welche fast täglich gehalten werden und deren Beratungen viel wichtiger und anstrengender sind, als die Debatten in den Sitzungen selbst. Da nun aber über zwei Drittel der Versammlung sich solchen Parteilubbs angeschlossen haben, so sind die meisten Abgeordneten von früh bis in die Nacht in häufig aufregender Weise beschäftigt und Aerzte wollen unter ihnen in Folge dieser steten Aufregung bereits eine allgemeine nervöse Krankhaftigkeit entdeckt haben, wofür schon der Name Parlaamentsfieber erfunden worden ist. — Einen Tadel über die Nachlässigkeit vieler Abgeordneten enthält auch die Ober-Postamts-Zeitung, indem sie sich über die vielen Urlaubsgesuche beschwert. Wir glauben wohl, daß der moralische Eindruck im Volke hie und da ein schlechter sein mag, aber darum ist es gerade Pflicht der Presse, das Volk über die Masse und Schwierigkeit der Geschäfte seiner Vertreter aufzuklären. Es ist wahrlich nicht zu verwundern, wenn nach dreimonatlicher Thätigkeit diese sich nach einigen Tagen der Ruhe sehnen, und es würden daher Ferien von ein paar Wochen ganz zweckmäßig sein, wenn sie nicht aus politischen Gründen bei der jetzigen Lage Deutschlands ganz unzulässig und gefährlich wären. In diesem Sinne sprach sich auch Gager in der letzten Sitzung auf Veranlassung einer Anfrage unter erschütterlicher Beistimmung der Versammlung aus. Es bleibt daher nichts übrig, als bei Verurlaubungen nicht allzupeinlich zu verfahren. Viele Abgeordnete lassen sich schon jetzt ihre Familien nachkommen, da das Ende der Diät noch gar nicht abzusehen ist. Ein

großer Uebelstand für den raschen Fortgang der Beratungen liegt darin, daß viele Abgeordnete auscheiden und die neu eintretenden immer wieder dieselbe Schule durchzumachen haben. Daher ein ewiges Schwanen in den Parteistellungen. Auch ein großer Theil der vielen Reden liegt in diesem Umstande. Man beschwert sich über die vielen „Stegreifritter“, welche keiner Partei angehören und deshalb mit einer Anzahl von Amendements und Reden die Beratungen hemmen. Es mögen solche Parteiloße nahe an 200 existiren. Die Parteien selbst wählen jedesmal die Redner, welche ihre Grundfätze vertreten sollen, und haben theilweise auch den Grundsatz angenommen, daß kein Amendement von den Parteigliedern gestellt werden darf, welches nicht in der Vorversammlung gebilligt worden ist. Auf diese Weise wird viel Zeit erspart. — Ob der Antrag von Wischer, die Berathung Art. III. und IV. der Grundrechte, betreffend die Verhältnisse der Kirche und Schule, bis zum Schluß auszuführen, künftigen Montag durchgehen wird, ist noch zweifelhaft. Die Ansichten sind über diesen Gegenstand sehr getheilt. Wischer bemerkte gestern in der Motivierung seines Antrages, daß durch diese Debatten Leidenschaften erregt werden würden, welche das ganze Verfassungswerk stören könnten. Der Präsident Gager erklärte zwar, daß er dies durchaus nicht für notwendig halte und daß es seine Hauptaufgabe sein werde, Ausbrüchen konfessioneller Leidenschaft mit allem Ernste entgegen zu treten. Wir glauben aber doch, daß diese nicht ausbleiben werden. Die Parteien werden bei diesen Fragen ganz auseinander fallen. Katholische Mitglieder der äußersten Rechten haben bereits erklärt, daß bei den religiösen Fragen Parteifreundschaft und Vaterlandsliebe und alles Andere in den Hintergrund treten müsse. Ob die äußerste Linke sich in diesem Falle mit dem Ultramontanismus verbinden wird, läßt sich noch nicht sagen, gefürchtet wird es von Vielen, hoffentlich aber wird dann in dieser Fraktion selbst eine Spaltung eintreten. Daß die Ultramontanen mit ihren Forderungen durchbringen werden, ist sehr unwahrscheinlich, obschon sich etwas Sicheres über die Parteistellung in diesen Fragen noch gar nicht sagen läßt. Der Schulausschuß hat den Grundsatz aufgestellt: Die Wissenschaft ist frei. Die Schule steht unter Aufsicht des Staates. Indefß werden heute und morgen noch Ausschusssitzungen gehalten und die Fassung wird deshalb wahrscheinlich noch geändert werden. Bis jetzt hat man auch ausdrücklich die negative Bestimmung aufgenommen, daß die Schule der Aufsicht der Kirche entzogen wird. Ob der Satz: die Schule ist Staatsanstalt, auch nur in den Ausschusshantrag aufgenommen wird, ist noch zweifelhaft. Die ursprünglich in der Kommission vorgeschlagene Fassung lautete: Der Staat garantiert jedem Kinde Unterricht. Diese Fassung würde den einzelnen Staaten weniger Verlegenheit bereiten. — Die Wahl der zur Notifizierung des Regierungsantritts des Reichsverweisers nach Paris, London und Petersburg geschickten Gesandten v. Andrian, v. Kaumer und v. Auerwald hält man für keine sehr glückliche. Das Schlimme ist, daß es in Frankfurt zwar viele Intelligenzen, aber wenig gewiegte praktische Politiker giebt. Ein natürliches Uebel, was bei der Neuheit unserer Zustände nicht zu vermeiden ist. Hoffen wir, daß unsere neuen Staatsmänner die Schule der Erfahrung recht rasch durchmachen. An Talenten fehlt es wahrlich nicht.

Stuttgart, 19. August. Die Untersuchung gegen die von der badischen Regierung ausgelieferten 31 Württemberger, welche bei dem Hecker'schen Unternehmen betheiligt waren, ist niedergeschlagen worden.

Hannover, 20. August. Unsere sämmtlichen Abgeordneten sollen wegen des Verhaltens der Regierung gegen Frankfurt danken wollen.

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

Altona, 21. August. Die ersten badischen Truppen, ein Bataillon Infanterie (das 2. Bataillon des 2. Infanterie-Regiments Erbgroßherzog) sind schon heute früh von Harburg herübergekommen. Der Generalstab und der Prinz Friedrich von Baden logiren auf dem Rathhausmarke. Eine Fußbatterie wird noch heute im Laufe des Tages erwartet. (S. H.)

Mendsburg, 19. August. Es sind hier Berichte eingelaufen von einigen ziemlich anhaltenden Kanonaden, die bei Alnoer und Holnis zwischen den Strandbatterien und dänischen Kriegsschiffen stattgehabt, aber kein weiteres Resultat geliefert, als daß unserer Seite eine Lavette zerschossen worden ist. — Gestern ist hier das dritte nassauische Bataillon wie die beiden andern vom Bahnhofe aus direkt durch die Stadt marschirt, heute eben so die nassauische Artillerie. Wie es heißt, wird aus den frühern Bracklowern mit Hinzuziehung Anderer, ein neues Scharfschützencorps gebildet werden. (S. H. 3.)

Österreich.

* **Wien, 22. Aug.** [Tages-Notizen.] Der Sicherheits-Ausschuß hat die Unterschrift seiner Adresse an die Frankfurter Linke nach einer heftigen Debatte

dahin modifizirt, daß sie nicht an die äußerste Linke, sondern an die Linke gerichtet sei. Er ist hiezu durch die Sonntags von allen Seiten eingelaufenen Protestationen eines Theils der Nationalgardebewogen worden. Nach dem hiesigen Vorfälle ist es nicht schwer, die gestrige Bewegung der Arbeiter zu enträthseln. Die Chefs des gouvenements occulte wollten ihre Kräfte versuchen, und vor der Hand eine großartige Demonstration, welche der Gemeinde-Ausschuß dem Kaiser zu Ehren in Schönbrunn veranstaltet hatte, vereiteln. Ein Fackelzug, zu welchem alle Behörden, die Garnison, der Reichstag u. s. w. eingeladen waren, und dem sich die kaiserliche Partei in Masse anschließen wollte, war Abends beschloffen. Er sollte sich von Penzing nach Schönbrunn bewegen. Allein die Radikalen hatten es anders beschloffen und so sahen wir gestern die Stadt mit Schrecken erfüllt und Alles in Allarm. Der Zweck ist also diesmal erreicht.

[Amnestie für Presvergehen.] Se. k. k. Majestät haben aus Anlaß Allerhöchster Rückkehr nach Wien durch allerhöchste Entschlopfung vom 19. Aug. 1848 über Antrag des Ministeriums vom 14. August d. J. den Minister der Justiz zu ermächtigen geruht, die k. k. Staatsanwaltschaft zu beauftragen, von allen bisher überreichten Klagen, so weit sie die Uebertretung des § 11 der Verordnung in Presssachen vom 18. Mai 1848 zum Gegenstande haben, abzustehen und die Ueberreichung von Klagen wegen Uebertretungen der bezeichneten Art, welche der Kundmachung dieses allerhöchsten Gnadenaktes vorangingen, zu unterlassen.

* **Kriegschauplatz.** Nach Berichten aus Padua vom 19. d. M. hatte sich der Stand der Dinge in Venedig nicht geändert. Die Machthaber verheimlichen alle Nachrichten aus Piemont und Mailand, und die Piemontesen gegen 4000 Mann stark, lassen sich zurückhalten. Eine neue Aufforderung an Karl Albert soll bereits durch FML. Welden eingeleitet sein. Karl Albert befindet sich in Alessandria, wohin seine Commissaires von Dsoppo und Venedig abgegangen sind. — Nach Berichten aus Mailand vom 18. herrschte dort vollkommene Ruhe. Der Marschall Radetzky hat dem FML. Fürsten Felix Schwarzenberg das diplomatische Reseruat in seinem Hauptquartier übertragen. Er ist in beständigem Verkehr mit den in Mailand anwesenden Ministern von England und Frankreich. — Das Unglück von Pizzeghetone, in Folge des in die Luft gesprengten Castell's wird als furchtbar geschildert. Kein Haus in der Stadt ist verschont geblieben, die Zahl der Todten war jedoch sehr übertrieben. Die Meisten sind erbärmlich verstümmelt, und viele Häuser ganz unbewohnbar geworden.

Zufolge eines dem Kriegsministerium zugekommenen Berichtes des Obercommandanten in Tirol, G. M. v. Kofsbach aus Trient, vom 14. d. M. ist nunmehr der Tonal gänzlich frei.

Zufolge einer dem Kriegsministerium zugekommenen Meldung des Feldmarschall-Lieutenant Baron Welden aus Rovigo vom 15. d. M. hat sich derselbe auf die Einladung der päpstlichen Commissarien Marini, Corfini und Guarini nach Rovigo begeben und daselbst an obgenanntem Tage der zwischen ihm und den päpstlichen Behörden sich ergebenden Differenzen mit denselben vollkommen geschlichtet, so wie überhaupt die ganze Zusammenkunft unter den freundschaftlichsten Formen stattgefunden hat.

(W. 3.)

SS Pesth, 20. August. [Das Militär. — Kossuth. — Aus Bukarest.] In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer haben Kossuth und die ministerielle Majorität wieder auf eklatante Weise ihre Charakterchwäche dargelegt. Bis vorgestern hatte Kossuth in den Bureau die Majorität mit allem Nachdruck dafür gestimmt, daß kein einziger ungarischer Soldat in eine österreichische Uniform gesteckt werde. Man hatte daher den Fall des Kriegsministers Meháros und seiner gleichgesinnten Kollegen als gewiß betrachtet. Gestern früh hielten aber die Minister Konferenz, deren Ergebnis ein neues Komödienpiel war, welches Kossuth im Hause der Deputirten zum Aergerniß jedes Wohlgesinnten gegeben. Kossuth theilte sich wieder in den Menschen und in den Minister, der erstere sei für ein besonderes ungarisches Militär, aber der Minister müsse sich dagegen aussprechen und die Majorität, welche noch vorgestern keinen einzigen Ungar unter das österreichische Militär geben wollte, machte gestern auf das Kommandowort ihres Generals schnelle Umkehr. Nach Kossuth's Vorschlag sollen nun die neuen Rekruten den bereits vorhandenen, österreichisch kommandirten Regimentern eingereiht und was übrig bleibt, unter die ungarischen Mobilgarden vertheilt werden, dafür aber sollen diese bis zur Hälfte österreichische Offiziere bekommen. Kossuth ist also noch schwarz-gelber geworden, als der Kriegsminister Meháros selbst, indem dieser die theilweise Versehung der Mobilgarden mit österreichischen Offizieren nicht verlangte. Die Sinnesänderung Kossuths und seiner Majorität soll durch kategorische Befehle bewirkt worden sein, welche er vorgestern Abend aus Wien erhalten. — Das

ministerielle „Pesti Hirlap“ versichert Berichte aus glaubwürdiger Quelle zu haben, daß ein Individuum, welches auch am Hofe in Wien zutrifft habe, dem Wiener Kriegsminister Latour sich angeboten, Kossuth zu ermorden! Das Ministerialblatt macht die hiesige Polizei darauf streng aufmerksam. — Briefe aus Bukarest vom 13. d. M. berichten, daß der türkische Pascha Suleimann im Namen der Pforte die neugewählten drei Regierungsglieder: Georg Golefchen, Etiaß und Tell anerkannt, das allgemeine Stimmrecht, die Volksbewaffnung und die Pressefreiheit aber entschieden zurückgewiesen.

** **Krakau, 11. Aug.** [Die Proklamation des dieser Tage hier angekommenen Gouverneurs Zaleski] lautet also: „An die Bürger der Stadt und des Kreises Krakau! Der unterzeichnete Gouverneur von Galizien und Krakau bringt hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß er die Civil-Verwaltung der Stadt und des Kreises übernommen hat, weshalb die Thätigkeit der Hofkommission mit dem heutigen Tage aufhört. — Für die weitere administrative Verwaltung des Landes hat der Gouverneur mittels allerhöchster Verordnung vom 30. Juli eine Instruktion folgenden Inhalts erhalten: „Der Gouverneur begiebt sich nach Krakau und errichtet daselbst eine provisorische — d. h. bis die nach der Konstitution angeordnete Organisation eintritt — aus freier Wahl der angefahrenen Bürger der Stadt hervorgehende Kommunal-Behörde zur Befestigung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit. — Die gegenwärtige Polizei-Direktion wird aufgehoben, und die bei ihr angestellten Beamten werden von der Kommunal-Behörde sofern verwandt, als sie sich zur Erfüllung der neuen Pflichten geeignet zeigen. Was die Kreis-Verwaltung in politischer Beziehung anbelangt, so führt der Gouverneur das Statut von 1847 wieder ein, d. h. er organisirt den Verwaltungsrath in angemessener Weise. — Er setzt sich hierzu mit den Gutsbesitzern des Kreises in Verbindung in Betreff der Entschädigung für die aufgehobenen Frohdienste und der Regulirung der bürgerlichen Verhältnisse; er geht sodann an die Einrichtung der Spar-Kasse in Krakau und die Verbindung des Krakauer Kreises mit dem galizischen Kredit-Institut, ebenso an die Sonderung des Vermögens der Stadt Krakau mit dem Gesamtvermögen des Landes, und endlich an die Organisation der National-Garde. — Hiebei hat unser allergnädigster Kaiser und König in Erinnerung gebracht, daß in der Verwaltung des Krakauer Kreises die polnische Sprache als Landessprache in allen Verhältnissen angewandt werde, mit Ausnahme der Correspondenz an die Central-Behörden in Wien und an einige nachbarlichen Behörden, welche sich der deutschen Sprache bedienen. — An Stelle der Hof-Kommission errichtet der Gouverneur endlich vor seiner Abreise nach Lemberg aus eigener Machtvollkommenheit eine Verwaltungskommission, welche bis zur völligen Organisation der ganzen Provinz nach den Reichstagsbestimmungen unter seiner unmittelbaren Leitung zu handeln hat.“ — Dieses ist der Inhalt meiner Instruktion, aus der ihr euch überzeugen könnt sowohl von dem Geiste, der sie diktiert, als auch von den Gesinnungen, die die Regierung gegen euch hat. — Es ist mein heifester Wunsch, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß alles Wohl, welches dem Lande zulieflen kann, ihm auch in vollem Ueberflusse zu Theil werde. Nothwendig ist aber hierbei die Warnung zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung. Die Kommunal-Verwaltung wird dafür mit den gewöhnlichen Mitteln Sorge tragen, und da sie der Ausdruck des Gesamtwillens der Einwohner ist, so wird sie auf keine Schwierigkeiten stoßen, die sich nicht überwäligen ließen, wenn alle rechtliche Bürger bereitwillig ihr zur Seite stehen, und nicht zulassen werden, daß ihr eigener Wille nicht die ihr gebührende Achtung finde. — Dasselbe wird auch der Verwaltungsrath, zusammengesetzt aus Bürgern dieses Landes, in seiner Thätigkeit anwenden, und die Verwaltungskommission endlich unter meiner unmittelbaren Leitung stehend, wird nicht einen Schritt über die Grenzen konstitutioneller Einrichtungen hinausgehen. — Wenn auf diese Weise alle Behörden im Einverständnis mit den Rechten und dem Willen des Volkes handeln werden, hoffe ich, daß alle Bürger wie bisher beitragen werden zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung und sich nach den Vorschriften richten, welche von den rechtlichen Behörden ausgehen werden.

Italien.

Genua, 9. Aug. [Aufregung.] Eine Kommission ist so eben an den König abgeschickt worden, um ihm den wahrhaften Sachzustand zu erkennen zu geben. Die Stadt ist in Aufregung; man transportirt Pulver, Kanonen. — (7 Uhr Abends.) Das Volk ist in Gährung. Am denkwürdigen Stein von 1746 hat man so eben den Schwur des Hasses und der Vertilgung gegen die fremden Unterdrück-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Donnerstag den 24. August 1848.

(Fortsetzung.)

fer erneuert. Zwei Männer, welche sich bestreben die Volksbegeisterung aufzuhalten und Zwietracht auszustreuen, sind ergriffen und gemißhandelt worden; die Bürgerwehr hat sie nur mit Mühe halbtodt der Wuth des Volkes zu entreißen vermocht. Die Ordnung und Ruhe haben sich so eben wiederhergestellt; aber man muß gegen neue Ausbrüche auf der Hut sein.

Ein Brief aus Florenz vom 8. August enthält folgende Nachrichten: „Den 5. August sollte zu Livorno und Florenz gleichzeitig eine Verschwörung ausbrechen, die zum Zweck hatte, den Großherzog von Toskana zu entthronen und die Republik zu proklamiren. Die Regierung war benachrichtigt; da sie nur wenig Truppen hat und auf den Eifer der Nationalgarde nicht zählen kann, hatte sie verschiedene Arbeiterkorporationen, die ihr alle ergeben sind, aufgeboten. Die Verschwörer, fürchtend von den Manovelli (Lastträger), und den Conciatori (Gerber von Florenz) ermordet zu werden, haben auf ihre Absicht verzichtet. Einige Verhaftungen sind bewerkstelligt worden. Der Großherzog hat den 7. zwei Proklamationen bekannt gemacht: in der einen erklärt er, daß er seine Sache niemals von der Sache Karl Albert's trennen wird, und im jetzigen Augenblick innere Uneinigheiten stiften, Freund des Auslands sein und das Land einem Einfall aussetzen hies; in der andern kündigt er an, daß in Folge der Verwendung der englischen und französischen Gesandten in Florenz und ihrer Schritte bei dem Marschall Weiden, die toskanischen Grenzen werden respektirt werden, in der Voraussetzung, daß kein Angriff nach Außen und keine Wirren im Innern stattfinden.“

Durch gütige Mittheilung aus Triest vom 14. d. erfahren wir, daß am 10. August Abends 8 Uhr in Venedig, auf die Kunde vom Falle Mailands und dem Rückzug des piemontesischen Heeres über den Tessin, wieder die Republik proclamirt worden. Manin trat wieder an die Spitze der Regierung, jedoch mit dem Geständniß, bei dem jetzigen Stande der Dinge könne die Republik keine 48 Stunden dauern, denn Venedig werde den Deutschen unterliegen. Die sardinischen und neapolitanischen Truppen wurden unter den Verwünschungen des Volks nach Ancona eingeschifft. Die größte Unordnung herrschte in der Lagunenstadt. (N. 3.)

Aus Rom erhalten wir eine Reihe von Briefen, welche bis zum 8. August gehen. Das Ministerium Fabri ist in den Hauptpersonen gebildet. Ein Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten ist nicht; Cardinal Soglia vereinigt Weltliches und Geistliches in sich, Corboli ist sein Substitut; Galetti scheint ausgetreten, denn er ist durch Perfetti interimistisch ersetzt. Am 7ten d. M. brachten fünf Staffetten nach Rom die Nachricht von der Besetzung der drei Legationen Ferrara, Bologna und Ravenna durch die Oesterreicher. Der Kriegsminister wollte sogleich alle disponiblen Streitkräfte nach Ancona und der Cattolica aufbrechen lassen. Das Programm des neuen Ministeriums fand in der Kammer vom 8ten d. eine laue Aufnahme. In der Sitzung vom 8ten ward die vom Papst erlassene Protestation gegen die Besetzung der Legationen verlesen, und für die Berufung der Franzosen zur „Vertheidigung der italienischen Unabhängigkeit“ gestimmt. (N. 3.)

Frankreich.

Paris, 18. Aug. [Italienische Angelegenheit.] Der Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten beschäftigte sich gestern mit einer Petition der Nationalgarde in Mailand, welche sofortige bewaffnete Intervention von der französischen Republik gegen die Oesterreicher verlangt. Der Ausschuss hat entschieden, sie an die National-Versammlung zu weisen, damit sie sich selbst darüber ausspreche. Dem Journal des Débats zufolge, sagte man in der National-Versammlung, die Regierung sei bereit, auf Interpellationen über die italienischen Angelegenheiten einzugehen, nur wolle sie, daß dieser Gegenstand nicht vor der auf Montag anberaumten Diskussion über die Unterfuchung der Mai- und Juni-Ereignisse zur Sprache komme.

Paris, 19. August. [National-Versammlung. Sitzung vom 19. August.] Anfang halb 2 Uhr. Vice-Präsident Lacrosse führt den Vorsitz. An der Tagesordnung ist die neue Präsidentenwahl. Die Saalwärter stellen die Urnen zurecht. Der Präsident zieht durchs Loos die Stimmzettelfonderer und eine Stunde später verkündigt Lacrosse folgendes Resultat: Zahl der Stimmenden 708. Absolute Mehrheit 355. Marrast erhielt 611, Bac (Präsident des Berges) 54, Lacrosse (Kandidat der Rue de Poitiers) 26, Dufaure 5, Ledru-Rollin 6 und Lamartine 2 Stimmen. Marrast wird demnach zum Präsidenten proclamirt. — Louis

Blanc bittet ums Wort über einen außerhalb der Tagesordnung liegenden Gegenstand. „Das Blatt La Patrie“, sagte er, „veröffentlicht gestern Abend bereits Auszüge aus den Bauchardschen Aktenstücken, welche kaum um 2 Uhr an uns Repräsentanten vertheilt worden waren. Diese Auszüge behandeln namentlich die Zusammenkunft, die am 14. Mai in meiner Wohnung am Café Tortoni gehalten wurde, und worin angeblich der Zug des 15. Mai zum Entschluß gebracht worden sein soll. Ich habe mich schon über die Grundlosigkeit jener Zusammenkunft gerechtfertigt; aber das genannte Blatt hütet sich wohl, die Rechtfertigung beizufügen. Es läßt dieselbe absichtlich weg, und ich bitte im Sinne des Artikels 60 des Reglements die Dringlichkeit auszusprechen.“ Deslongrais behauptet, nicht Art. 60, sondern 49 und 50 treten in Anwendung. Vice-Präs. Lacrosse: Sie irren sich! Baune: Auch ich protestire gegen gewisse Stellen der Aktenstücke im voraus. Namentlich erkläre ich die Aussagen des Repräsentanten Lürck für Verleumdung. Lürck springt auf die Rednerbühne und sagt: „Ich behalte mir für den Tag der Diskussion vor, auf diese Vorwürfe zu antworten.“ Die Versammlung, sehend, daß der Skandal schon heute loszubrechen drohe, erklarte rasch die Stimme der Redner und kehrte zur Tagesordnung, nämlich zu den gütlichen Vergleichen zurück. Die ersten drei Artikel von dem Entwurf des Handels-Ausschusses werden angenommen. In diesem Augenblicke (kurz vor 5 Uhr) zieht eine bedeutende Menge Truppen in die Nähe des Sitzungsaales; ein Kavalerie-Regiment sperrt die Konkordienbrücke, und die Quais werden mit Schildwachen besetzt. Das Gerücht geht, an der Porte St. Denis hätten sich mehrere Tausend Frauen und Kinder der Insurgenten zusammengedrängt, um über die Boulevards dem Revolutionsplatze zuzuziehen und der National-Versammlung eine Bittschrift zu Gunsten ihrer eingesperrten und respektive deportirten Männer und Väter zu überreichen. Die Versammlung setzt indessen ruhig ihre Beratung fort. Art. 4 handelt von der Zusammenberufung der Gläubiger in den Zeitungen, von der Verifikation der Aktiva und Passiva und dem Gutachten, ob freiwilliges Uebereinkommen bewilligt wird oder nicht. Wird nach langem Zaudern verworfen und hierdurch der ganze Entwurf fast in Frage gestellt. Es herrschte großes Erstaunen im Saale. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

[Vermischtes.] Heute Vormittag hat der Marquis von Normanby dem General Cavaignac sein Beglaubigungsschreiben als mit einer besonderen Mission bei der französischen Republik beauftragter außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter Englands überreicht.

Auf den Straßen nach Italien eilen Couriere hin und her. Gestern Abend meldeten die Blätter, Karl Albert habe zu Gunsten seines sechsundzwanzigjährigen Sohnes, des Herzogs von Savoyen, abgedankt, weil kein Minister den Waffenstillstand habe gegenzeichnen wollen. Karl Albert habe vergebens sich bemüht, ein neues Ministerium zu bilden. Es sei ihm aber überall abschlägige Antwort ertheilt worden, und in dieser Verlegenheit habe er abgedankt.

Der Constitutionnel versichert ganz bestimmt, daß der sardinische Botschafter gegen den Waffenstillstand protestirt habe. „Wir hören“, sagt dies Blatt, „daß in einer Berathung italienischer Rechtsgelahrten erklärt worden, General Salasco habe in der Unterzeichnung des Waffenstillstandes seine Vollmachten überschritten, indem er befestigte Plätze aufgegeben und die Regierung kompromittirt habe.“

Der Polizei-Präfekt hat gestern wieder ein Bulletin über den Zustand der Hauptstadt publizirt, welches sagt, daß die Aufregung, die in den letzten Tagen abermals die Gemüther eingenommen habe, sich wieder lege, und daß kein ernstlicher Anlaß vorhanden sei, eine neue Störung der wieder Platz greifenden Sicherheit zu besorgen; fast auf allen Punkten des Landes zeige sich schon eine merkwürdige Besserung in den Geschäften und im Handelsverkehr, und die Leichtigkeit, womit die letzte Staats-Anleihe zu Stande gekommen, beweise, daß auch das Geld sich dem öffentlichen Vertrauen nicht entziehe. — Der Generalstab der Pariser Nationalgarde ist aufgelöst. Bisher geschah die Bildung des Generalstabs durch Wahl; auf Spezialbefehl Cavaignac's vom 15. August ist derselbe unmittelbar von ihm selbst ernannt worden. — Der erste Band der Aktenstücke des politischen Untersuchungs-Berichts der Herren Senard und Bauchart ist nun erschienen. Die Journale füllen sich bereits mit wörtlichen Abdrücken und Auszügen, die aber nichts von wesentlicher Bedeutung enthalten, was nicht schon aus dem der National-Versammlung vorgelesenen Kommissions-Bericht bekannt wäre. Es ist eine Zusammenstellung aller Verhör-Protokolle. Heute Abend wird der zweite

Band dieser Aktenstücke erwartet. — In der Nacht vom 17ten zum 18ten sind abermals, zu zwei und drei an einander gefesselt, 495 Insurgenten aus den Forts nach Havre gebracht worden. Der Moniteur bringt heute ihre Namen. Es befinden sich darunter auch ein paar Deutsche. — In den Mairie-Ämtern werden seit gestern wieder bedeutende Massen von scharfen Patronen an die Nationalgarde vertheilt.

Schweden.

Graubünden. [Italienische Angelegenheiten.] Nach Berichten, die der Bündner Zeitung von St. Maria zugekommen waren, hatte Veltlin sich als Republik erklärt, und man war entschlossen, auf dem Stelvio den Kampf fortzusetzen. Nach diesen Berichten hatten auch dort mehrere Gefechte stattgefunden, wobei die Italiener die Oberhand behielten. Spätere Nachrichten melden dagegen, daß bedeutende Haufen italienischer Flüchtlinge von dieser Seite her in Bünden anlangen, so daß der kleine Rath sich bezogen fand, den betreffenden Gerichtsbehörden besondere Verhaltensmaßregeln vorzuschreiben. Sodann ist eine Jäger-Compagnie an die Gränze abgeordnet worden. (N. 3.)

Donau-Fürstenthümer.

Bukarest, 5. August. [Das Einrücken der Türken.] In Folge der aus Siurgewo angelangten Nachrichten von dem Einrücken türkischer Truppen erließ die provisorische Regierung am 31. Juli folgende Proklamation an das Volk: „Gerechtigkeit! Brüderlichkeit! Im Namen des romanischen Volkes. Die provisorische Regierung. Brüder Romanen! Trotz all' unserer Treue für die hohe Pforte betreten kaiserliche Truppen unsern Boden. Wir wissen, daß jeder Romane bereit ist, zu sterben für den Boden, auf welchem und für welchen Ihr achtzehnhundert Jahre lang gelitten, und wir machen Euch daher bekannt, daß Se. Excell. Suleiman Pascha uns mittheilt, die türkischen Truppen rücken ins Land nicht in feindlicher Absicht, sondern zu dem einzigen Zwecke, die alten Rechte und Institutionen des Landes zu beschützen. Die Regierung indessen hat, wie es ihre Pflicht erheißt, einerseits Sr. Excell. Suleiman Pascha unser Bedauern ausgesprochen, das Unverletzlichkeits-Recht unseres Bodens angegriffen zu sehen; andererseits jedoch bittet sie Euch, nicht zu vergessen, daß die hohe Pforte väterliche Gesinnungen für uns hegt. Romanen! Haltet Ruhe und Frieden. Seid überzeugt, daß, so lange Ihr einig untereinander und so lange Ihr Eure Rechte mit jener ruhigen Kraft verlangen werden, womit Ihr sie errungen, Niemand dieselben anzugreifen vermag. Die Mitglieder der provisorischen Regierung: Neophit, Metropolit. Ehr. Tell. N. Balescu. N. Minco. C. A. Rosetti.“ — Am folgenden Nachmittage fanden sich über 25,000 Romanen auf dem Freiheitsfelde ein und einstimmig beschloßen sie, gegen den Einmarsch der türkischen Truppen ins Land zu protestiren. Es heißt in diesen Protestationen: „Ganz Romänien erklärt heute, da seine Stimme noch frei: Daß, wenn die hohe Pforte ihre Truppen von romanischem Boden nicht zurückzieht, sondern sich mit bewaffneter Macht in die innern Angelegenheiten des Landes zu mengen sucht, alle bestehenden Traktate als von der Pforte selbst für aufgelöst betrachtet werden. Daß dann die romanische Nation aller Verpflichtungen gegen die hohe Pforte frei und ledig ist. Daß alle Geseze, alle Institutionen, welche den Romanen von den Fremden aufgedrungen werden sollten, für ungesetzlich betrachtet werden und es folglich die Pflicht jedes Romanen, sich gutwillig denselben nie zu unterwerfen. Daß jeder Romane, welcher fremde Armeen ins Land zu bringen erachtet oder dazu beiträgt, die bereits gekommenen länger im Lande zu halten, aller Rechte eines Romanen verlustig und als Feind der Gesellschaft erklärt wird, daß folglich für ihn keine Geseze mehr existiren. Das Romanische Volk.“

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 23. August. Dem Herrn Apotheker Weinert in Charlottenbrunn ist von der philosophischen Fakultät der Universität Breslau das Ehren-Diplom eines Doktors der Philosophie ertheilt worden.

* Schweidnitz, 23. August. [Beruhigung der Gemüther. Berichtigung einer früheren Bemerkung. Ein Amtsjubiläum.] In

unseren Mauern geht es jetzt wieder ruhig und geräuschlos zu. Bei dem Einrücken der 1. Compagnie des 1. Bataillons des 11. Regiments am 18. d. M. haben der älteste Rathsherr und der Stadtverordneten-Vorsteher dem kommandirenden Major die Aufwartung gemacht und denselben willkommen geheissen mit der Versicherung, daß die Stimmung der Stadt gegen das Militär überhaupt durchaus nicht ungünstig sei. Durch die Rede des Staatsprokurator Schornbaum in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung, worauf ich in dem nächsten Bericht zurückkomme, in der er in Betreff der Schweidnitzer Angelegenheit auf die anerkannte Unparteilichkeit des preussischen Richterstandes hingewiesen, ist auf die Gemüther beruhigend eingewirkt worden. Wenn in Nr. 193 d. Z. erwähnt wurde, daß einige Stimmen über Ungenauigkeit der Protokolle und Oberflächlichkeit in Konstatirung der Thatsachen laut geworden, so fühlen wir uns jetzt im Interesse der Wahrheit gedrungen, zu bemerken, daß auf Verlangen der Betheiligten die Protokolle vervollständigt worden sind. — Vorgesestern feierte der Oberförster der städtischen Forsten, Bachert, 79 Jahre alt, sein 50jähriges Amtsjubiläum im Dienste der Stadt. Er wurde von Polnisch-Weistritz, wo er seine Amtswohnung hat, von einer Deputation nach dem Rathhause der Stadt zu Wagen geleitet. Dort begrüßte ihn der Magistrat, die Stadtverordneten und die Chefs der Behörden. Der Rathsherr, welcher die Forstverwaltung hat, so wie der interimistische Magistratsdirigent hielten Ansprachen an ihn, überreichten ihm das in Anerkennung seiner Verdienste ihm verliehene Ehrenzeichen, so wie einen silbernen Becher. — Dieser Jubeltag ist um so merkwürdiger, weil in dem Jahre, als der Jubilar sein Amt angetreten, sein Vater in gleichem Wirkungskreise das Jubelfest gefeiert hatte. Vater und Sohn sind mithin zusammen 100 Jahre in der Forstverwaltung der Stadt thätig gewesen.

⊗ **Charlottenbrunn**, 22. August. [Gäste. — Beinert.] In unserem Bädertchen haben sich allmählig noch einige 80 Familien zur Kur eingefunden, aber freilich um einen Monat zu spät, so daß für die diesjährige Saison keine Hoffnung mehr zur Erreichung der gewöhnlichen Nummernzahl der Badesliste vorhanden ist. Auch der Reiseverkehr, der unsere Gasthäuser im Sommer für die todte Winterszeit entschädigen soll, war bisher nicht sonderlich lebhaft. — Die neue Chausseestrecke in der Nähe Charlottenbrunn's, welche unter Leitung des tüchtigen Wegebaumeisters Vorhardt um einen hohen Berg her geführt wurde, der auf der alten Straße mühsam und oft sogar gefährlich zu passieren war, ist bis auf die völlige Versteinung fertig. Von dieser neuen Straße aus erblickt man auf der nahen Ludwigshöhe den Obelisck aus Sandstein, der dort dem Apotheker K. Chr. Beinert zu Ehren von seinen Freunden vor Kurzem errichtet wurde. Seine großen Verdienste um Charlottenbrunn während einer 25jährigen Wirksamkeit haben dies Denkmal wohlverdient. Was aber Beinert, in Verbindung mit seinem Freunde Professor Dr. Göppert, für die Naturwissenschaft gethan, insbesondere für Geologie, Petrefactenkunde und Botanik, hat vor einigen Tagen von der Universität Breslau die unzweideutigste ehrenvollste Anerkennung gefunden. Am vergangenen Sonnabend erschien hier eine zahlreiche Deputation, welche dem gründlichen, unermüdbaren Naturforscher das Ehren Diplom als Doktor der Philosophie nebst einem Anschreiben des zeitigen Dekans der Fakultät, Professor Dr. Ebenich, überreichte, während Beinert's Verdienste schon früher vom Könige durch Ertheilung des rothen Adlerordens anerkannt wurden. An der neuen akademischen Auszeichnung nehmen Beinert's zahlreiche nahe und ferne Freunde gewiß den freudigsten Antheil. Seine jüngste literarische Arbeit erschien gerade in den verhängnißvollen Märztagen Oesterreichs und Preussens, und trat daher mit ihrem rein wissenschaftlichen Interesse, wie alle anderen derartigen Werke der Presse, vor den ausgebrochenen gewaltigen politischen Stürmen vorläufig in den Hintergrund. Die Broschüre hat den Titel: „Der Meteorit von Braunau am 14. Juli 1847; aktenmäßige Darstellung, Beschreibung und Analyse, nebst Ansichten über die Natur der Meteoriten“, und ist dem gelehrten Dr. Johann Rotter, insulirtem Abt des Benediktinerstiftes zu Braunau in Böhmen, gewidmet, dem für seine Verdienste bei dem bekannten Meteoritenfalle der preussische rothe Adlerorden 3. Klasse zu Theil wurde. Wie ungemein wichtig diese Schrift in ihren kosmogonischen Bezügen auch für jeden Denker zu allen Zeiten sein und bleiben muß, so hatte doch selbst die gelehrte Welt zunächst mit dem plötzlich offenbarten politischen Entwicklungsgeiste unsers Planeten zu viel zu thun, als daß sie mit den Meteoriten, diesen aus dem Weltraume fernher kommenden Botschaftern, sich mit der nöthigen ruhigen Stimmung hätte beschäftigen können. Indes ist wohl die Zeit nahe, wo Beinert's Schrift, neben den vorhergehenden staatlichen Interessen der Gegenwart, für ihren eigenthümlichen wissenschaftlichen Werth die verdiente allgemeinere Aufmerksamkeit und Würdigung finden wird. Die

darin enthaltene hypothetische Ansicht über Meteoritenbildung ist gewissermaßen ein physiofratischer Commentar zu dem naturphilosophischen „Neuen Planetenbuche“ von Ernst, diesem neuen Evangelio von der lebendigen sich selbstbewußten Erde und intelligenten Welt, und Beinert's und Ernst's Schriften, in den Hauptpunkten einander ergänzend, können als die Anfangsgründe einer neuen pantheistischen Gottes- und Weltanschauung, der Religion der Zukunft, angesehen werden.

Stat, 21. August. [Abschiedsgruß.] Heute Morgen gegen 8 Uhr verließ unser verehrter Kommandant, der Generalleutnant von Arnault, hiesige Stadt, um einstweilen in dem nahen Eisersdorfer Schlosse seine Wohnung zu nehmen. Am Anfange der Chaussee hatten sich die Schützen im Parade-Anzuge, ein Spalier bildend, aufgestellt, und in der Nähe Neulands die Mitglieder des Freikorps, um dem Abreisenden ihren Abschiedsgruß durch ein dreimaliges Hurray zu bringen. Nachdem Sr. Excellenz, den Wagen verlassend, das Spalier durchgangen war und die aufgestellten Schützen begrüßt hatte, verabschiedete er sich in einer herzlichen Anrede und ließ die Schützengilde hoch leben. Hierauf bestieg Sr. Excellenz den Wagen, um die Reise fortzusetzen und wurde von der berittenen Abtheilung der Schützen bis zur Grenze des städtischen Weichbildes begleitet. — Alle Einwohner der Stadt bedauern den Abgang dieses allbeliebten Mannes und stimmen in dem Wunsche überein, daß der uns bestimmte neue Kommandant ein eben solcher Bürgerfreund sein möge! (Volksbl.)

† (Aus der Provinz.) Am 17. August in der Mittagstunde brannten in dem Marktflecken Quaris im Kreise Glogau 2 Bauergüter und 13 Kutschnerstellen mit der vollständig eingebrachten sehr reichlichen Ernte an Getreide und Flachs total nieder, so daß 15 Wirths- und 17 Einlieger-Familien ohne Obdach sind. Der Verlust an beweglicher und unbeweglicher Habe ist groß, Menschen oder Vieh sind dabei nicht zu Schaden gekommen, weil zur Zeit des Unglücks alles auf dem Felde und in den Flachsgewässern beschäftigt war. Das Feuer ist muthmaßlich durch Unvorsichtigkeit entstanden. — Am 18. August früh gegen 5 1/2 Uhr wurde der Gärtner Joseph Maiwald zu Kamnis, Kreis Habelschwerdt, bei seinem Keller, ohngefähr 10 Schritt von seiner Wohnung entfernt, ermordet aufgefunden. Ein der That dringend verdächtiger Korrigeude, aus Spiegelitz in Mähren, welcher denselben Morgen in Kamnis von den Ortsgerichten aufgegriffen und dem Gericht überliefert worden ist, hat den Mord begangen zu haben gezeugnet.

(Opatowitz.) In Gemäßheit allerhöchster Bestimmung ist zur Aushilfe für den Landrath des Beuthener Kreises, der früher beim königl. Polizeipräsidenten in Breslau beschäftigt gewesen war, Lieutenant v. Mejer, vom 1. Juni d. J. ab, als königl. Polizeikommissarius des Beuthener Kreises, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Beuthen angestellt worden. Des Königs Majestät haben dem Dekanaten und fürst-erzbischöflichen Rath Stanjek zu Leobschütz, die landesherrliche Erlaubniß zur Annahme des ihm von dem Herrn Fürsten-Erzbischofe von Olmütz verliehenen Ehren-Kanonikats an der Kollegiatkirche zu St. Mauritius zu Gremfier, in Mähren, zu ertheilen und ihm die Anlegung des hiermit verbundenen Stiftskreuzes zu gestatten geruhet; — die erledigte Kreis-Chirurgenstelle des Leobschützger Kreises, ist dem Wundarzt L. Klasse, Adolph Wagner verliehen worden; — der Thierarzt L. Klasse, Kacyński zu Landsberg O S., hat die Kreis-Thierarztstelle für den Neustädter und Rosfelder Kreis erhalten; — der bisherige Hülfz-Ausseher Lehnhardt zu Schulenburg, ist zum Förster in Chroszcz, und der seitherige Waldwärter Schindler in Schwammelwitz, zum Hülfz-Ausseher in Schulenburg ernannt worden; — der Veteran-Unteroffizier Philipp Rautsch, ist als Kreisbote zu Lublinitz verortet; — der katholische Schullehrer Lary zu Gründorf, ist in die Organisten- und Schullehrerstelle zu Bieraltowitz, Post-Gleiwitzer Kreises, versetzt; — die als Feldmesser approbirten Kandidaten der Feldmesskunst, Hauptmann a. D., Friedrich Wilhelm Graf v. Stillfried zu Sarnowitz, und Mar. Hobrecht zu Rattibor, sind als Feldmesser vereidigt; — der Lieutenant a. D., Lipinski, ist zum Bürgermeister in Nikolai, Plessner Kreises, erwählt und befestigt, — und dem Kandidaten der Philosophie und Philologie Amand Pawlitzky zu Blaziejowitz, Post-Gleiwitzer Kreises, ist die Erlaubniß zur Annahme einer Hauslehrerstelle ertheilt worden.

Mannigfaltiges.

(Berlin, 22. Aug.) Auf dem Schießstande in der Jungfernhaide, wo gestern die 3te Compagnie des 17ten Bürgerwehr-Bataillons ein Festschießen abhielt, ereignete sich das Unglück, daß der als Scheibenzeiger fungirende Füsilier des 12. Infanterie-Regiments, Karl Schmidt, von einem Bürgerwehrmann erschossen wurde. Die Ermittlungen haben herausgestellt, daß die Schießübung selbst mit musterhafter Ordnung geleitet wurde und nur eigne Unvorsichtigkeit den Tod des x. Schmidt herbeiführte, indem er in dem Augenblick, wo ein Wehrmann in Anschlag lag, sich mit dem Körper aus der Schutzluke herausbog, so daß ihm die Kugel durch die Brust ging und er mit den Worten: „Bruder, ich bin geschossen“ neben seinen Kameraden, den Füsilier Wünsch, der ihn beim Scheibenzeigen unterstützte, leblos in die Schutzluke zurückfiel. (Berl. Bl.)

* Die neue Rangliste enthält eine neue Abtheilung des Kriegsministeriums: „Vierte Abtheilung für die Marine-Angelegenheiten“, aus drei Mitgliedern bestehend. 1) Der Major Bogun von Wangenheim ist jetzt der kenntnißreiche Vorstand der Ingenieur-Abtheilung, während er früher im Ingenieur-Corps selbst diente. 2) Der Hauptmann Geppert stand lange Zeit in Groß-Glogau bei der 5ten Artillerie-Brigade, und wurde mehrmals nach Singspang in Schweden kommandirt, um dort für Preußen eiserne Kanonenröhre und Mörser gießen zu lassen. 3) Der Premier-Lieutenant Hämg stand lange Zeit in den Seefestungen Preussens und hatte sich stets viel mit der Marine beschäftigt, wie er denn auch als äußerst unerschrockener Seefahrer wohlbekannt ist. Jetzt vertritt er den Major Goede in Danzig. — Als Marine-Offiziere sind bereits als Sekonde-Lieutenants angestellt die Herren Sachmann, Schirmacher und Herrmann, welche im Range eines Premier-Lieutenants in der Armee stehen.

(Stuttgart, 19. Aug.) Auf Bitten einer Anzahl von Einwohnern hiesiger Stadt hat sich am 9. August der Stadtrath mit der Bitte an Se. königl. Majestät gewendet, es möchte die baldige Wiedereröffnung des königl. Hoftheaters allergnädigst verfügt werden. Unter dem Heutigen hat nun der Stadtrath ein huldvolles Handschreiben Sr. kgl. Majestät d. d. Meran den 14. August 1848 erhalten, wonach Höchst-dieselben über den Umfang und die Ausdehnung der, wie in den übrigen Zweigen der Hofhaltung, so auch bei dem Theater nöthig gewordenen Einschränkungen Sich weitere Berichte und Anträge erstatten lassen werden und die hierauf zu fassenden Entschlüssen Sich bis zu Höchstfrüher Rückkehr nach Stuttgart vorbehalten wollen. (Schw. M.)

Die „Grenzböten“ liefern Portraits von Deputirten in Berlin. Wir theilen das erste Portrait nachstehend mit:

Dierschke. Wenn ich meine Schilderungen mit dem ehrenwerthen Abgeordneten von Dhlau beginne, so ist das nicht mehr als schuldiger Tribut der Dankbarkeit. Der künftige Historiker dieser Verfassungs-Vereinbarungs-Versammlung wird ihn kaum bemerken, er wird keine Vorstellung haben von den Verdiensten, die das ehrenwerthe Mitglied um die Kammer, um die Zuhörer und namentlich um die armen Journalisten sich erworben hat, die auf den Tribünen ausharren müssen und sich nicht einmal des süßen Vorrechtes zu schlafen erfreuen. Um so dringendere Pflicht ist es für die letzteren, ihn der Vergessenheit zu entreißen, der er sonst rettungslos anheimfallen würde, da mit dem herzlichen Gelächten auch immer die einzige Wirkung seiner Reden verhallt. — „Der Abgeordnete Dierschke hat das Wort!“ — Man muß den Verhandlungen lange beigewohnt, ihre ganze Tiefe und Langweiligkeit gründlich kennen gelernt haben, um den Effekt dieser Anzeige des Präsidenten zu begreifen. Jedes Privatgespräch endet — lautlose Stille lagert sich, wie auf einen Zauberbeschlag, über der ganzen Menschenmasse im Cäcilienaal. Die Minister und ihre Commissarien legen die Feder nieder und schauen von ihren Arbeiten auf, der Dinge wartend, die da kommen sollen. Ein Freudenstrahl zuckt über das Antlitz des Litteraten — die Zuschauer auf den Tribünen drängen sich möglichst vorwärts — sogar die Damen erheben sich auf ihren Beispitzen. Hat etwa ein Vicepräsident den Sitz über dem Rednerstuhle inne, so macht er eiligst dem Präsidenten selber Platz, und dieser greift schnell zur Klingel, weil er weiß, daß er all' seiner Kraft und Würde bedürfen wird, um in den nächsten Augenblicken die Ruhe im Saale aufrecht zu erhalten. Er kennt diese drohende Windstille aus Erfahrung und das Ungewitter, das ihr folgt. — Endlich erhebt sich ein untersehter Mann von mittler Größe auf der äußersten Linken, in einen zimtfarbenen Phantasiefrack gekleidet. Er hüpf voll Selbstbewußtsein die Stufen der Rednerbühne hinan und schiebt sich oben mit kühnen Adlerblicken um. Er sucht in jedem Gesichte den Eindruck seiner Rede im Voraus zu lesen. Kaum aber steht er oben, so schallt ein donnerndes Gelächter durch den ganzen Saal, das gar nicht enden will. Man hat sich so lange gelangweilt — da will man die Frucht von Dierschke's Worten anticipiren. Es ist nur eine Art Vorfreude darüber, daß man jetzt lachen können wird. Die Minister suchen vergebens ihre Würde zu wahren. Sie sehen nach der Decke, nach dem Boden. — Milde deckt Mund und Nase mit seiner breiten Hand zu, so daß ihm nur von Zeit zu Zeit niesende Töne entfahren. Die Präsidenten-Klingel arbeitet, bis sie neue Riffe bekommt. Dierschke schaut entrüstet um sich — er blickt zähneknirschend nach der Rechten, verwundert nach seinen Parteigenossen und benützt die kurzen Augenblicke, wo man frischen Athem schöpft, um aufs Neue beginnen zu können, der Versammlung zu versichern, er werde sich diesmal nicht wieder einschüchtern und herunterjagen lassen, sondern von seinem Rechte Gebrauch machen. — „Bin ich denn ein Wolf?“ so rief er einmal mit grimmigem Zähnefletschen der aufgeregten Menge entgegen. — Jetzt ist die Ruhe her-

